



Muss die Lausitz Energieregion bleiben?

Darüber und über Investitionen sollten die Menschen vor Ort im Rahmen von Bürgerbeteiligung entscheiden. Wie die aussehen könnte – dazu ein Gespräch.

VON IRMELA HENNIG

Nein zu Windparks, nein zur Solarenergie. Die Lausitzer wollen gar keinen Strukturwandel – so scheint es zu sein. Sollten sie bei diesem Prozess dennoch mehr mitreden? Die SZ sprach darüber mit der Linken-Landtagsabgeordneten Antonia Mertsching, Politikwissenschaftler Sebastian Heer und Dagmar Schmidt vom Verein Lausitzer Perspektiven.

Laut der Studie „Lausitz-Monitor“ waren 2020 nur 36 Prozent der Lausitzer für den Kohleausstieg. Hätte man die Menschen 2018 im Zusammenhang mit der Arbeit der Kohle-Kommission abstimmen lassen, hätte die Mehrheit dazu wohl Nein gesagt. Hätte man die Menschen dennoch entscheiden lassen sollen, ob sie den Kohleausstieg wollen?

Dagmar Schmidt: Man hätte die Fragen anders stellen müssen: Wie können wir die Zukunft gestalten? Können Sie sich vorstellen, an diesem Prozess teilzunehmen? Bei einer repräsentativen Befragung hätte es wahrscheinlich ein mehrheitliches Nein zum Kohle-Aus gegeben. Aber hier leben auch Menschen, die schon lange wissen, wohin die Kohlenutzung führen wird, und die für Veränderungen bereit sind.

Antonia Mertsching: Es geht nicht darum, für oder gegen den Strukturwandel zu sein. Der ist politisch notwendig, wenn wir unseren Planeten als Lebensraum erhalten wollen. Es geht um das Wie.

Sebastian Heer: Bürgerbeteiligung heißt nicht, grundsätzliche Richtlinienentscheidungen zu treffen – das tut die Politik. Bürgerbeteiligung hat zum Ziel, die Menschen auf dem Weg der Umsetzung dieser Entscheidungen mitzunehmen. Akzeptanz spielt eine entscheidende Rolle für das Gelingen des Strukturwandels.

Es gab bei der Entwicklung des Leitbildes Lausitz durch eine Zukunftswerkstatt durchaus Gesprächsrunden, zu

der die Einheimischen eingeladen waren. Aber meist kamen dieselben Funktionäre, Verbandsvertreter und Kommunalpolitiker. Wie könnte Bürgerbeteiligung für die Lausitz besser laufen?

Mertsching: Die Zukunftswerkstatt war viel zu kurz angelegt. Als sie angefangen hat, eine gewisse Relevanz zu entwickeln, wurde sie schon beendet. Wir brauchen für Bürgerbeteiligung zudem eine höhere Qualität als die, Menschen auf einem Marktplatz drei Fragen zu stellen. Als Linke haben wir Beteiligungsbüros in den Kommunen ange-regt. Die Länder müssten das finanziell und mit Experten unterstützen. Ziel ist eine Beteiligung mit hohem Qualitätsanspruch – und sie muss langfristig angelegt sein.

Der Kohleausstieg könnte, weil Kohle nicht mehr wirtschaftlich ist, schneller gehen als gedacht. Ist für aufwendige Bürgerbeteiligung noch Zeit genug?

Mertsching: Wir sollten sie uns nehmen. Das Geld für den Strukturwandel fließt bis 2038. Es muss unter Volk. Es ist zwar spät, aber noch nicht zu spät, um Prozesse anzustoßen, die dafür sorgen, dass damit finanziert wird, was die Menschen und Kommunen brauchen und was Sinn macht. Und darüber muss vor Ort beraten werden.

Heer: Zeit sollte in dieser Frage nicht die begrenzende Rolle spielen. Die Wahrscheinlichkeit für einen erfolgreichen Strukturwandel steigt, wenn die Lausitzer ihn annehmen und sich daran aktiv beteiligen. Die Verantwortlichen müssen den Menschen plausibel machen, dass sie selbst wirksam werden können. Dann sind sie auch bereit, Freizeit und Ideen zu investieren. Die Lausitzer müssen wissen: Was geschieht mit meinen Anregungen, wer arbeitet damit weiter? Sie müssen erleben, dass sie etwas bewirken können. Daher ist wichtig, Bürgerbeteiligung und Fördermittelvergabe miteinander zu verschneiden, sodass die Sichtweise der Be-

troffenen vor Ort bei Investitionsentscheidungen mit einfließt.

Und dann beantragen die Städte und Gemeinden Strukturmittel für ein neues Feuerwehr-Fahrzeug. Wie verhindert man so eine Zweckentfremdung?

Mertsching: Da gibt es schon eindeutige Kriterien und die müssen akzeptiert werden. Allerdings erleben die Menschen auf den höheren Ebenen auch, dass neue Forschungseinrichtungen und Behörden eben nicht nach Weißwasser oder Boxberg ins Kohle-Kerngebiet kommen, sondern nach Görlitz, Bautzen und an den Rand von Berlin. Oder dass Projekte aus dem Bundesverkehrswegeplan plötzlich mit Strukturwandel-Mitteln finanziert werden sollen. Das muss sich ändern, das geht gar nicht.

Strukturwandel ohne erneuerbare Energien wird es nicht geben. Aber die Lausitzer protestieren gegen Windräder. In Schleife bei Weißwasser wollen einige Einwohner den Bau eines Solarparks verhindern. Wie gewinnt man die Menschen hier für die Erneuerbaren?

Schmidt: Muss man das? Wir können uns ja auch fragen, ob wir in der Lausitz Energieregion bleiben wollen. Die Menschen hier haben für die Energieversorgung schon viel Land hergegeben. Das hat Tradition. Aber muss es so bleiben? Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Andererseits ist die Energiewende ursprünglich sehr stark von Bürgern ausgegangen und wurde von Bürgerinitiativen vorangetrieben, ehe sie industrialisiert wurde. Es geht also auch darum, wer daran verdient.

Mertsching: Ein Schlüssel, um Menschen für Erneuerbare zu gewinnen ist, sie am Gewinn daraus zu beteiligen. Ich sage aber auch: Jeder dreckige Tagebau wird hier akzeptiert und nun soll jedes neue Windrad ein Problem sein? Das ist nicht nachvollziehbar. Mit Blick auf Schleife muss man

vielleicht aber auch den grundsätzlichen Zeitdruck solcher Projekte sehen. Die Menschen sollen ganz schnell Ja zu etwas sagen, was Abwägung braucht. Das ist Stress und dann kommt es schneller dazu, dass Nein gesagt wird.

Zum geplanten Solarpark in Schleife gab es eine Online-Konferenz. Nur fünf der 13 Teilnehmer waren wohl aus der Region. Wie verhindert man, dass Bürgerbeteiligung von Menschen „gekapt“ wird, die gar nichts mit der Lausitz zu tun haben?

Mertsching: Es muss klar sein, wir beteiligen diejenigen, die aus der Region kommen.

Schmidt: Allerdings sollte diese Beteiligung diverser ausfallen – mehr Frauen, mehr junge Menschen, Menschen mit Handicap und solche, die aus verschiedenen Ecken Deutschlands und anderen Ländern hierher gekommen sind und hier leben.

Was kann man dem gefühlten Lausitzer „Nein“ zu allem entgegenzusetzen?

Mertsching: Wir können sagen: Macht brauchbare Vorschläge, die wir gemeinsam diskutieren können. Das sehe ich auch in Zusammenhang mit anderen Themen so, zum Beispiel beim abgebrannten Volkshaus in Weißwasser und dem Wunsch, dass es wieder aufgebaut wird. Da gibt es schnell die Forderung an die Politik: Macht mal! Ich wohne in Weißwasser, deswegen kann ich das sagen: Es gibt hier mitunter eine Motz-Mentalität. Die Frage ist, wie kommen wir von da ins Tun? Das ist ein Lernprozess, und dafür braucht es Bürgerbeteiligung.

Muss man den Wünschen der Lausitzer nicht auch einen ehrlichen Rahmen setzen und sagen, was vielleicht auch aus rechtlichen und anderen Gründen nicht geht?

Mertsching: Natürlich. Ich sage auch, wir werden die Industriearbeitsplätze aus der Kohle nicht eins zu eins ersetzen. Und das ist gar nicht nötig. Bis 2030 werden 70 Prozent derjenigen, die in der Kohle arbeiten, in Rente gehen. Für wen wollen wir da all die neuen Industriejobs? Wir sollten uns vielfältiger aufstellen und überlegen, wie wir gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen, von denen man gut leben kann.

Heer: Nach so manchen Enttäuschungen in den zurückliegenden Jahrzehnten ist ein realistisches Erwartungsbild ein Schlüssel zum gemeinsamen Gestalten der Lausitz. Die Bürger müssen verlässlich wissen, wo es hingehen kann und wo die Grenzen des Möglichen liegen. Das alles muss nachvollziehbar eingebunden werden in den Prozess regionalpolitischer Willensbildung.

Braucht die Lausitz eine Vision?

Schmidt: Ich bin ein großer Fan von Leitbildern. Das ist eine Chance, um Dinge in Bewegung zu setzen. So etwas kann anfangs Spaß machen und Kreativität freisetzen. Aber man darf auch nicht zu viele Erwartungen damit verknüpfen und eine Vision nicht über die ganze Lausitz legen. Es geht darum, lokal zu überlegen, was zu machen ist. Das ist dann in Projekte einzubetten.

Mertsching: Die Vision gibt es. Sie steht in der Strategie für die Lausitz 2050. Die Inhalte müssten jetzt in die Region getragen werden. Es war nie vorgesehen, dass die Kreistage die Strategie verabschieden – deswegen fehlt es ihr an Legitimation. Es sollte schlicht eine einfache öffentliche Veranstaltung in Cottbus geben. Die ist aber wegen Corona ausgefallen.

Heer: Der Leitbildprozess der Zukunftswerkstatt Lausitz ist abgeschlossen, insofern existiert eine Richtschnur. Zudem haben die Bundesländer auf dieser Grundlage länderspezifische Konkretisierungen vorgenommen. Nun gilt es, die Bürger bei der Verwirklichung der Visionen einzubinden.



Dagmar Schmidt

Verein Lausitzer Perspektiven

Sie wurde 1968 in Stuttgart geboren, lebt jetzt in Raddusch. Sie ist Vorstandsvorsitzende des Vereins Lausitzer Perspektiven

und arbeitet hauptberuflich als Programmverantwortliche für eine Schweizer Stiftung in Ostdeutschland.



Sebastian Heer

Politikwissenschaftler

Heer wurde 1978 geboren. Er ist seit 2018 Seniorwissenschaftler am Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung Dresden

(IÖR) im Projekt „Wissenschaftliche Unterstützung und Begleitung der Transformation in der Lausitz“.



Antonia Mertsching

Landtagsabgeordnete (Linke)

Sie wurde 1985 geboren, stammt aus Weißwasser und ist seit 2019 Mitglied des Sächsischen Landtags in der

Fraktion Die Linke. Studiert hat sie Politik- und Rechtswissenschaften sowie Soziologie an der TU Dresden.